



Bethmann Hollweg vor dem Untersuchungsausschuss.

Berlin, 31. Oktober. Die heutige vierte Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses findet im großen Saale des Hauptauschusses im Reichstagsgebäude statt. Trotz der Veranlagung der Nationalversammlung haben sich viele Abgeordnete aller Parteien eingefunden. In dem für das Publikum bestimmten Raum wohnte u. a. Ledebour den Verhandlungen bei. Schon frühzeitig war der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit seinem einstigen Unterstaatssekretär Wahnschaffe erschienen, ferner der Vizekanzler A. D. Helfferich und der Marine-Staatssekretär A. D. von Capelle.

Um 10 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende Warmuth die Sitzung. Der frühere Reichskanzler wird zunächst verurteilt. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß es sich besonders um drei Kernfragen handelt: 1) Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember durch die Centralmächte erfolgt, trotzdem eine Friedensaktion Wilsons durch Deutschland angeregt und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt war; 2) aus welchen Gründen sind Wilsons konkretere Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden, und zwar nicht öffentlich auf seine Note vom 21. Dezember, b. auch nicht vertraulich, trotz des Ersuchens des Obersten Hofes und Lanings; 3) aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und statt ihrer ihre Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges gegeben, von dem sie wußte, daß er zum Siege mit Amerika führen würde.

Reichskanzler A. D. von Bethmann Hollweg: Unter Wunsch ging dahin, daß Wilson die Entente an den Verhandlungstisch bringen sollte. Güte dies, dann sollten die unmittelbaren Verhandlungen zwischen den Kriegführenden von diesen allein ohne die Teilnahme Wilsons geregelt werden. Erst in einer anschließenden Konferenz sollten unter Teilnahme Wilsons allgemeine internationale Fragen erörtert werden. Mit diesen Modalitäten war der Präsident Wilson einverstanden. Er hat sogar eine andere Methode für sich überhaupt nicht beansprucht. Der Berichterstatter hat es als einen Kernpunkt bezeichnet, aufzuklären, ob und warum es gerechtfertigt war, daß wir ein eigenes Friedensangebot machten, obwohl wir wußten, daß Präsident Wilson einen Friedensappell an die Entente richten würde. Wir gehen damit zur politischen Würdigung feststehender Tatsachen über. Hinter dieser Hauptfrage steht unverkennbar die Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot die Friedensaktion Wilsons gestört und gefährdet hätten. Demgegenüber betone ich, der Friedensappell, den Wilson erlassen sollte und dessen bevorstehender Erfolg Vernstorff in Aussicht stellte, ist in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember enthalten; geschrieben ist diese Note Mitte November. Mitte November hatten wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht und Wilson wußte noch nicht, daß wir diese Absicht hatten. Der klare und unüberlegbare Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abgehalten noch sie beeinflusst hat.

Die Sanderbündnispolitik geht weiter.

Amsterdam, 30. Oktober. Der Rotterdamse Korrespondent des ententefreundlichen „Telegraaf“ erfährt aus Brüssel, daß die französische Regierung sich energisch für ein Bündnis zwischen Belgien und Holland im Anschluss an Frankreich einsetzt. Am letzten belgischen Ministerrat haben die aus Paris zurückgekehrten Delegierten Seeger und Orts über die französischen Vorschläge Bericht erstattet. Der Ministerrat hat diese Vorschläge mit ermutigten Gefühlen aufgenommen. Es würde sich um ein französisch-belgisches belgisches Defensivbündnis mit Zustimmung Englands und der Vereinigten Staaten handeln. Der „Telegraaf“

Vom Tage.

* Eine Kohleniktator, die neben der in gewissem Umfange bereits bestehenden Verkehrsiktator die Kohlennot lindern soll, wird aus Süddeutschland verlangt. In einer Kohlenkonferenz der süddeutschen Minister in Stuttgart wurden im Hinblick auf die gefährdete Brennstoffversorgung Süddeutschlands gleichmäßige Sparmassnahmen für das ganze Reich, wie Verkürzung der Polizeistunde, Einschränkung der Beleuchtung der Straßen und Bergungswirtschaft, Verbot der Abgabe von Gütern an Private, Verhandlungen mit der Entente wegen Freigabe des Rheinschiffsverkehrs zur Nachtzeit usw. gefordert. Zur Durchführung der Massnahmen soll ein Reichsiktator, wofür General G r ö n e r vorgeschlagen wurde, eingesetzt werden. Die Vertreter der Ministerien waren dafür, daß die Geanderten der drei süddeutschen Staaten in den nächsten Tagen die Kohlenversorgung vor dem Reichskanzler in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers und Reichslohlenkommissars zur Sprache bringen sollen. Hoffentlich wird eine solche Reichsiktator dazu führen, daß die Spezialiktator im Osten, die uns bisher gegenüber dem Westen so schwere Schädigungen auferlegt hat, endlich aufhört.

Daß Österreich und Ungarn zu Entente-Kolonien werden sollen, wird immer klarer. Der neue österreichische Finanzstaatssekretär Dr. Reich sprach in seiner Antrittsrede von der Errichtung einer „neuen Notenbank mit großem Metallatzung erhalten. Da Dr. Reich früher Direktor der Österreichischen Bank war, die zum großen Teile mit französischem Kapital besetzt bis zum Kriegsbeginn sehr gute Beziehungen zum Pariser Platz unterhielt, so gewinnt die Annahme an Wahrscheinlichkeit, daß Dr. Reich auf französisches Kapital bei Errichtung der neuen Notenbank rechnet. Das wäre politisch von größter Bedeutung; Frankreich würde Deutschösterreich finanziell in die Hand bekommen und dadurch auch politisch dem französischen Block angeschlossen können. Deutschösterreich würde so zum Kern einer wirtschaftlichen Kombination unter französischer Führung gemacht werden. Da England sich als Schutzmacht des neuen Ungarns aufspielt, scheint es, als ob die Westmächte sich bereits der Ordnung der Dinge an der Donau auf ein Kondominium geeinigt hätten, das Ungarn in die englische, Deutschösterreich und Tschechien in die französische Einflußsphäre

beruht dazu: Dieses Bündnis würde ebenso im Einvernehmen des Völkerbundes bleiben. Wenn man aber wieder wirkliches Vertrauen zum Völkerbund hätte, so wären derartige Sonderabmachungen überflüssig.

Die Befürchtungen der ostmärkischen Beamtenchaft.

§§ Aus Thorn erfährt die „Dena“: Ebenso wie im Bezirk Bromberg macht sich auch im Bezirk Thorn unter der dortigen Beamtenchaft lebhafteste Beunruhigung geltend über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen, dessen Regelung der Beamtenverhältnisse den Wünschen der mittleren und unteren Beamten keineswegs entgegenkommt. In der darin enthaltenen Verpflichtung der deutschen Regierung, nur diese Beamten zum Ausscharen bis zum 1. Januar zu veranlassen, erwidern die mittleren und unteren Beamten eine starke Benachteiligung ihrerseits gegenüber den höheren Beamten. Es zeigt sich jetzt, daß der ganze überwiegende Teil dieser Beamten gar nicht daran denkt, unter polnischer Verwaltungsaufsicht zu arbeiten, und sei es auch nur bis 1. Januar. Ein dreijähriger Kontrakt mit der polnischen Staatsregierung kommt für die meisten dieser Beamten überhaupt nicht in Frage. Die Befürchtungen der thornener Beamtenchaft gehen in der gleichen Richtung wie die der Bromberger Beamten, nämlich dahin, daß die Polen ihrem Abzug nach dem 1. Januar entgegen ihren Zusicherungen Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Es wird nun versichert, daß von Seiten der Regierung alles geschehe, die Beamten wirklich zu unterstützen, so daß Befürchtungen nach dieser Richtung hin jeder realen Grundlage entbehren.

Amerika.

Die Streikbewegung.

v. Das Meuterische Bureau meldet aus Indianapolis: Die Konferenz der Führer der vereinigten Bergarbeiter, die hier abgehalten wurde, hat beschlossen, daß es im Interesse der Sache zweckdienlich wäre, den Beschluß zur Einstellung der Arbeit am 1. November abzuändern. Ferner haben die Vertreter der Bergarbeiter eine Erklärung veröffentlicht, in der sie bestätigen, daß sie Wilsons Aufruf in der Presse gelesen haben, aber den Streik für unvermeidlich halten.

Naag, 30. Oktober. Der „New York Courant“ meldet aus New-York, daß die Truppen aus Gary (Indiana) zurückgezogen worden sind, was man in einigen Kreisen als Anzeichen dafür ansieht, daß der Stahlstreik mißglückt sei. In New-York ist ein Streikstreik ausgebrochen. Das Kabinett hat endgültig beschlossen, im Falle des Bergarbeiterstreiks zu intervenieren. Einzelheiten sind noch nicht bekannt. In Washington sind am 28. Oktober abends 100 000 Mitglieder von Gewerkschaften in langem Aufzuge an Congress vorbeimarschiert. Gompers sagte bei dieser Gelegenheit, die Kapitalisten hätten ein Komplott geschmiedet, um den Arbeitern einen jähen Schlag zu versetzen, und ihre eigene Macht auszubreiten. Er setze jetzt dem Stahlstreik impathisch gegenüber und fordere die Arbeiter auf, ihn zu unterstützen.

Der Völkerbund.

Washington, 30. Oktober. (Agence Havas.) Der Senat hat den Zusatzartikel Moser zum Friedensvertrag betreffend Stimmengleichheit beim Völkerbund mit 47 gegen 33 Stimmen verworfen.

Auflösung der Kolonialschutztruppen.

Berlin, 30. Oktober. Der Reichskolonialminister hat folgenden Verfügung erlassen: Die Schutztruppen für Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika sowie die Landesverteidigungstruppen werden aufgelöst. Über die Auflösung der Schutztruppe für Kamerun folgt weiterer Befehl. Die Abwicklung der Schutz- und Landesverteidigungstruppen wird dem Kommando der Schutztruppen übertragen, das nunmehr die Bezeichnung führt: „Abwicklungskomitee des früheren Kommandos der Schutztruppen im Reichskolonialministerium.“ Die Bestimmungen der Schutztruppenordnung und sonstige Verordnungen bleiben in Kraft.

Saarfohlen für Wien.

Wien, 30. Oktober. (Korr.-Bureau.) In der heutigen Stadtratsitzung teilte Bürgermeister Neumann mit, daß es den Vermählungen des amerikanischen Obersten Jonas gelungen sei, die Ausfuhrbewilligung für 200 000 Tonnen amerikanischer Kohle für Österreich zu erhalten, sowie daß die amerikanische Regierung geneigt sei, gegen angemessene Sicherheit Kredit dafür einzuräumen. Da indes die Verwirklichung dieser Kohle nach einem abriatischen Hafen aus Mangel an Auftrags unmöglich sei und nur ein atlantischer Hafen für die Verladung in Betracht käme, so sei trotz der gewaltigen Kosten angesichts des Standes der Valuta und trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich dem Bezuge amerikanischer Kohle entgegenstellen, beschlossen worden, die Verhandlungen fortzusetzen. Wenn irgend möglich, solle schon in den nächsten Tagen eine Abordnung nach Paris entsandt werden, welche den Tausch dieser amerikanischen Kohle gegen Saarkohle durchzuführen solle, zumal wenn sich die französische Gesellschaft bereit erklärt, die für Österreich zu laufende amerikanische Kohle zu übernehmen und an deren Stelle Saarkohle in französischen Waggons nach Wien zu liefern. (Es ist die Schuld der Revolutionsmächte, daß derart über deutsche Kohle verfügt werden kann, während wir selbst unter Kohlenmangel aus das schwerste leiden. — D. Red.)

Die Lage in Rußland.

D. R. Nottebom, 30. Oktober. (Eigener Bericht.) Am englischen Unterhaus teilte Lord Curzon mit, daß die britische Regierung von Admiral Koltchal ausgedrückt habe, daß sie weder Vorräte noch Geldmittel liefern und nicht beabsichtige, Denikin auf unbeschränkte Zeit mit Vorräten zu versorgen.

w. Helsinki, 30. Oktober. Wie gemeldet wird, nehmen an der Petersburger Front die Geschehnisse an Heftigkeit zu. Die Bolschewiken greifen mit überlegenen Kräften an und wenden Panzerfahrzeuge und Tanks an. Eine Klärung der militärischen Lage wird in den nächsten Tagen erwartet. Die englische Flotte hat erneut Kontakt mit Krasnaja Gorka angetroffen.

Neuordnung des geltenden Rechts.

Vor einer Versammlung von Pressevertretern in Berlin hielt gestern der Reichsjustizminister Schiffer einen Vortrag über die von ihm beabsichtigte Reform des geltenden Rechts. Vorgesetzt ist vor allem die Einführung von Wuchergerichten. Ferner wird eine völlige Reform der Strafprozessordnung angestrebt. Endlich soll bis zum Sommer 1920 dem neuen Reichstag eine Gesamtreform der Zivilprozessordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Sondergesetze zugehen. Im einzelnen entnehmen wir Berliner Blättern über die Justizreformpläne folgendes:

An erster Stelle steht der Versuch, im Wege der Sondergesetzgebung dem Überhandnehmen des

Wuchers, der Freistreiberei, des Schleich- und Kettenhandels entgegenzutreten. Das soll nunmehr mit tunlichster Beschleunigung durch eine Verordnung über die Errichtung von Volksgerichten erfolgen. Die Besetzung der Volksgerichte ist so gedacht, daß sie aus drei Juristen und zwei Laienrichtern bestehen soll, die aus den Kreisen des Handels und der Konsumanten zu entnehmen wären. Der Zuständigkeitsbereich der Gerichte soll sich unbedingt und scharf auf solche Fälle beschränken, in denen einwandsfrei die Tatbestandsmerkmale des betreffenden Vergehens gegeben sind, es soll in diesen Fällen dann sowohl schnelle Verurteilung wie ungesäumter Strafvollzug eintreten. Um Härten zu vermeiden und Irrtümer rückgängig zu machen, ist ein Wiederaufnahmeverfahren vor ordentlichen Gerichten vorgesehen, unbeschadet der Strafvollstreckung. In allen Fällen, wo sich eine Komplizierung der Verhältnisse aus der Verhandlung ergibt, wo Unklarheiten auftauchen oder die Hinzuziehung Sachverständiger notwendig wird, ist die Überweisung an die ordentlichen Gerichte vorgesehen. Es sollen auf diese Weise für den realen Handel die weitestgehenden Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, und es soll alles getan werden, um die Möglichkeit von Fehlurteilen von vornherein auszuschließen. Auf der anderen Seite soll gegen übereilte Einstellung von Verfahren dadurch eine Sicherheit geschaffen werden, daß diese nur nach der Anhörung Sachverständiger erfolgen darf. Der Reichsjustizminister wies darauf hin, daß im besetzten Gebiet von den Verwaltungsbehörden ähnliche Maßnahmen getroffen sind und daß diese dort von günstiger Wirkung gegenüber dem Wucherer- und Schiebertum gewesen seien.

Als weitere Vorlage wird der Nationalversammlung ein Entwurf über die

Reform der Rechtsanwaltsgebühren

zugehen. Nach Ansicht des Reichsjustizministers sind die Sätze der Gebührenordnung von 1879 unter den heutigen Verhältnissen keine brauchbare Grundlage mehr, auch nicht mit der 33 1/2 v. H. Erhöhung, die inzwischen eingetreten ist. Er ist auch der Meinung, daß die Steigerung des Einkommens insbesondere auch der arbeitenden Klasse die Verteuerung der Rechtspflege erträglich mache. Der heute an den Reichsrat gelangte Gesetzentwurf sieht eine progressive Steigerung der Gebühren vor, dergestalt, daß sie zwischen 60 und 120 M. Objektwert 40 v. H. betragen, um von 4000 M. ab 100 v. H. zu erreichen. Gleichzeitig erfolgt eine entsprechende Erhöhung der Gebühren der Gerichtsvollzieher. Die ungeheure Ausdehnung der Armenrechtsfachen — in Bayern betragen sie bis zu 62 v. H. aller Rechtsfachen — macht es nötig, den Anwälten hierfür wenigstens den Ersatz der Selbstkosten zu gewähren. Das soll künftighin geschehen. Die daraus erwachsenden Aufwendungen fallen den Einzelstaaten zur Last. Von der Abbildung auf die Gemeinden, die an und für sich ein erzieherisches Moment hinsichtlich der Einschränkung der Armen ergebnisse dargestellt hätte, ist mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage der Kommunen Abstand genommen worden. Hinsichtlich der Gewährung des Armenrechts solle insofern eine gerechtere Handhabung eintreten, als es künftighin in allen Fällen bewilligt werden soll, in denen die Kosten der Führung des Rechtsstreites von erheblichem Einfluß auf die Lebensverhältnisse des Prozessierenden sind. Der Minister ist der Ansicht, daß es zu bezweifeln sein würde, wenn als Nebenwirkung der Gebührenerhöhung sich eine Verminderung der Rechtsstreite, eine Eindämmung der Prozessmutter ergeben würde, wie er denn in dieser Richtung überhaupt prophylaktische Massnahmen für außerordentlich wichtig und notwendig halte, die er bei der Neuordnung der Prozessordnung zu treffen beabsichtigt.

Eine weitere Vorlage betrifft die

Abkündigung der Vorkrafen.

Sie soll den neueren Auffassungen in dieser Beziehung Rechnung tragen und sieht eine abgestufte Behandlung vor. Während einer ersten Periode sollen die Vorkrafen lediglich den Rückfragen der Staatsanwaltschaft und höherer Verwaltungsstellen zugänglich sein, nicht aber der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, im späteren Stadium soll ihre vollständige Abkündigung erfolgen, so daß sie auch nicht mehr für den Rückfall in Frage kommt.

Die Fortdauer der außerordentlichen Verhältnisse, wie der Krieg sie herbeigeführt hat, macht es notwendig, den Ausfluß der kurzen

Berzählung

auf ein weiteres Jahr auszudehnen. Das soll im Verordnungswege erfolgen.

Während diese Vorlagen in allernächster Zeit ihre Erledigung finden werden, steht eine Anzahl größerer umfassender Vorlagen für die spätere Zeit in Aussicht. Bei ihrem Wiederzutreten im Januar soll die Nationalversammlung den Entwurf einer

Reform der Strafprozessordnung

vorfanden. Es soll sich dabei nicht, wie zunächst beabsichtigt, um eine Teilreform handeln, sondern der Gesamtkomplex der in Betracht kommenden Fragen soll seine Erledigung finden. Der Reichsjustizminister hofft, daß die Vorlage bis zum Frühjahr neben den übrigen Arbeiten, die der Nationalversammlung noch vorbehalten sind, miterledigt werden kann. Dieser Reform zur Seite treten soll eine solche des

Strafvollzuges.

die moderne Anschauungen sowohl in der Handhabung der Untersuchungshaft wie in der Durchführung des Strafvollzuges selbst zur Geltung bringt.

Nach erfolgter Neuwahl des Reichstages soll dann an die

Reform des Zivilprozesses

gegangen werden. In Verbindung mit der auch eine Durcharbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches erfolgen muß. Diese erweitert sich als notwendig zur Verwirklichung verschiedener Bestimmungen der neuen Verfassung, insbesondere der der Stellung der Frau. Es ist beabsichtigt, hier unter Umständen mit Teilnovellen vorzugehen. Auch das Gebiet des Arbeitsrechtes und die Bestimmungen des d. in deliktgebuches werden einer Reform unterzogen werden müssen. Die Frage der Verlängerung der Patente ist bisher nicht entschieden. Das Justizministerium hat in dieser Frage einstweilen eine ablehnende Haltung eingenommen, gestützt auf Urteile sachverständiger Kreise; ein endgültiger Entscheid ist indessen noch nicht getroffen.

Im Stadium der Erledigung befindet sich ein Gesetzentwurf über Zulassung von Kautionshypotheken.

Am 25. Oktober d. J. berichtet der
ordentliche Professor der Landwirtschaftslehre
Geheimer Regierungsrat
Dr. Friedrich Holdeffleß.
 Er hat seit Gründung des Vereins zur
 Förderung der Kulturtechnik (1881) diesem als
 Mitglied des Vorstandes ununterbrochen an-
 gehört und durch sein reiches, landwirtschaft-
 liches Wissen die Bestrebungen des Vereins
 und dadurch insbesondere die Interessen der
 schlesischen Landwirtschaft mit großem Eifer
 und Hingabe jederzeit gefördert.
 Wir werden seiner verdienstvollen Vereins-
 tätigkeit dankbar gedenken und sein Andenken
 immer in Ehren halten.
 Breslau, den 30. Oktober 1919.
 Der Vorsitzende des Vereins
 zur Förderung der Kulturtechnik.
 G. Fischer
 Geheimer Baurat.

In der Nacht vom 24. zum 25. d. M. ver-
 schied zu Breslau der
Geheime Regierungsrat
Herr Dr. Friedrich Holdeffleß,
 o. ö. Professor und Direktor des Instituts
 für Tierproduktionslehre
 an der Universität Breslau, außerordentliches
 Mitglied der Landwirtschaftskammer.
 Die schlesische Landwirtschaft verliert mit
 ihm nicht nur einen hervorragenden För-
 derer, sondern auch einen warmen
 und wahren Freund, die Landwirtschafts-
 kammer einen allzeit treuen, erfrischen und
 hochachtungsvollen Mitarbeiter, die landwirt-
 schaftliche Jugend einen erfolgreichen Erzieher zu
 gründlichster Vertiefung in unseren Beruf.
 Sein Wirken war Segen und unser Dank
 sei treuestes Gedenken!
 Breslau, den 27. Oktober 1919.
Landwirtschaftskammer für die Provinz
Schlesien.
 Der Vorsitzende
 von Klitzing.

Sonntag, den 26. Oktober, kurz vor Mitter-
 nacht entschlief sanft in Gott nach kurzer
 Krankheit im Alter von 57 Jahren meine
 heißgeliebte Mutter
Frau Professor
Margarete Flex,
 geb. Pollack.
 Der Tod bereite sie mit ihrem voran-
 gegangenen Manne und ihren drei für Deutsch-
 land getriebenen Söhnen.
 Eisenach, am 27. Oktober 1919.
 In tiefer Trauer
Dr. jur. Konrad Flex,
 zugleich im Namen der übrigen Verwandten.

Statt besonderer Anzeigen.
 Heute 11 Uhr vormittags ging durch plötz-
 lichen schmerzlichen Tod infolge Gehirnschlag
 40 Jahre nach ihrem Tode zu ihrem Gott
 heim unsere liebe Mutter, Großmutter und
 Schwester
Frau Pastor
Marie Jaehner,
 geb. Ludwig,
 Oberheal- und Seminar-Direktorin
 in Schwidnits.
 Ihr Leben war überreich an geleiteter
 Arbeit. Jetzt hat die Schwach unseres Volkes
 auch diese liebe Frau gebrochen.
 Schwidnits, den 29. Oktober 1919.
 Ellen (Mutter), Breslau, Liegnitz.
Theodor Jaehner, Regierungsrat a. D.,
 Vandalien.
Ernst Jaehner, Major a. D.
Eva Jaehner, geb. v. Nöppen,
Isela Jaehner,
Maria Ludwig.
 Beerdigung Sonnabend, den 1. November,
 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Feld-
 straße 10, aus.

Mitten aus ihrer eifrigsten Arbeit
 wurde am Mittwoch, den 29. Oktober, vor-
 mittags 11 Uhr, heimgerufen unsere allverehrte
Direktorin
Frau Pastor Marie Jaehner,
 geb. Ludwig.
 Ihre eiserne Arbeitstreue, die keine
 Schwächung kannte, ihre selbstlose Hingabe an
 ihren Beruf, ihre hervorragenden Geistes- und
 Verstandesgaben machten sie in tieferer Weise
 zur Führerin der Jugend unserer Zeit.
 Wir verlieren in ihr eine glänzende Leiterin,
 eine treue Beraterin und mütterliche Freundin,
 die uns als leuchtendes Vorbild unvergessen
 bleiben wird.
 Der Lehrkörper
 der Jaehner'schen ev. Anstalten,
 Schwidnits.

Groß. Posten silbern. Damentaschen
 nur Prima Qualität - Große Auswahl
 - Billige Preise -
Gmb. Damen- u. Herren-Zigarettenfabrik.
Julius Lemor, Silberwarenfabrik.
 Breslau 6, Fischerstraße 11.
 - Verkauf nur in der Fabrik. -

Aus ihrem so arbeitsreichen Leben wurde
 am Mittwoch, den 29. Oktober, unsere liebe,
 hochverehrte
Frau verm. Pastor
Marie Jaehner
 plötzlich abgerufen.
 Sie war uns stets eine liebevolle Führerin,
 eine mütterliche Freundin, ein Vorbild deutscher
 Treue und schlichten, festen Gottvertrauens
 Ihr Andenken werden wir am besten dadurch
 ehren, daß wir versuchen, ihr in Pflichttreue
 und Selbstopferung nachzueifern.
 Schwidnits, den 29. Oktober 1919.
 In tiefer Dankbarkeit
Die Hauskinder
der Jaehner'schen Anstalten.

Ein unerwarteter Tod entriß uns am
 29. d. M. unsere liebe, hochverehrte Direktorin
Frau Pastor
Marie Jaehner.
 Sie war uns ein leuchtendes Vorbild
 treuester Pflichterfüllung und festen Ein-
 liebens für das, was sie für recht erkannt
 hatte. Ihre überzeugende Kraft im Religions-
 unterricht hat uns viel fürs Leben gegeben.
 Schwidnits, im Oktober 1919.
 In tiefer Trauer und bleibender
 Dankbarkeit
Die Schülerinnen
der Evgl. Jaehner'schen Anstalten.

Heute verschied im 51. Lebensjahre in
 Liegnitz der
prakt. Zahnarzt
Otto Lindke.
 Der Entschlafene hat eine schwere Krank-
 heit seit vielen Jahren mit großer Willens-
 kraft bekämpft.
 Sein unermüdblicher und reger Geist hat
 noch bis in die letzten Tage an der Arbeit
 seiner Kollegen und dem Wohl und Wehe
 seines Standes mit größtem Interesse teil-
 genommen.
 Wiederholt wurde Linde in die ehren-
 vollsten Stellungen der Landesorganisationen
 berufen, er war Mitglied der preussischen
 Zahnärztekammer, Vorstandsmitglied des
 Vereinsbundes Deutscher Zahnärzte, Leiter
 des Presse-Ausschusses des Vereinsbundes
 und des wissenschaftlichen Verbandes, 2. Vor-
 sitzender des Vereins schlesischer Zahnärzte.
 Zahlreiche Ämter in öffentlichen und privaten
 Kreisen hat Kollege Linde größtenteils bis
 zu seinem Tode bekleidet. Sie legen Zeugnis
 davon ab, wie sehr sein Wissen und Können
 geschätzt war, was sie nicht bezweigen können,
 ist aber die wahre und herzliche Freundschaft,
 die alle die mit dem Entschlafenen verband,
 welche Gelegenheit hatten, ihn in seiner
 Einfachheit und Geradheit kennen zu lernen.
 Deshalb trauern um ihn nicht nur viele
 Kollegen, sondern noch mehr Freunde.
 Ganz besonders trauert um ihn die
 schlesische Zahnärztschaft, der er Führer und
 Leuchte war.
 Er ruhe in Frieden!
 Breslau, den 29. Oktober 1919.
Der Verein schlesischer Zahnärzte.

Aufruf!
 Die nachbezeichneten Erbvertragskandidaten auf dem Nachlass
 von Johann Jakob Meißner:
 Johann Jakob Meißner, Robert Gauderlich, Zug-
 fabrikant
 Ernst Kötter
 Johann Jakob Meißner, Carl und Emil, v. Tempelhof
 Carl Meißner, geb. Sonntag
 Emil Traugott Meißner
 Paul Scholz, Zahnarzt
 Johann Jakob Meißner, Andreas v. Goubon de Bille-
 neuve
 Johann Jakob Meißner, Johannes Schrage, Rechts-
 anwalt
 Karoline Meißner
 Johann Jakob Meißner, ohne Namen
 Johann Jakob Meißner, Louis Pfeffer, Lehrer
 Johann Jakob Meißner, Hermann Baumann
 Anna Kuhl, geb. Dausel
 Ernst Friedrich Meißner, Kupfer-
 schmid
 Anb. weißt seit längerem Jahren jeder Pflege entbehrend, in
 Verfall geraten.
 Auf Grund des § 7 unserer Erbvertragsordnung fordern wir
 daher alle diejenigen, denen nach § 4 und § 5 dieses Vertrages
 das Nutzungsrecht an den oben aufgeführten Erbvertragsgegen-
 ständen, auf zur Wahrung ihrer Rechte bis zum 1. April 1920
 hier bei uns zu melden. Wir bitten auch die fraglichen Ver-
 tragsgegenstände ihren Verbleib erklären, ihren Schicksal an die
 evangelische Kirchgemeinde auszusprechen und anderweit über
 sie verfügen zu lassen.
 Bunzlau, den 29. Oktober 1919.
Der Evangel. l. t. e. Gemeindefiskusar.
Wichtig für Brautpaare.
 Wegen Auswanderung wird in den nächsten Tagen eine
 vollständige erst 1919 angefallene und seit Anfangsbeginn ein-
 gesparter eleganter Dreizehner-Christenmaske, darunter ein
 Kleider, ein vollständiges Schmuckstück, darunter ein
 Gürtel, Teppich usw. gegen Höchstpreis verkauft. Gef. Anfr.
 erbeten an Fischer, Auguststraße 101. Gändler werden.

Schlesiens größte Zahnpraxis
 befindet sich nur **Possstraße 1.**

Schauspielhaus.
 Heute: „Die schöne Helena.“
Aberkannt vorzögl.
Billards
 Boulettes Schach
 Dominos
 Auserst billigst. (x)
Keiser & Gade, Orlauer
 Str. 12.

Großer Reisekoffer
 samt Kofferdecke
 zu kaufen gesucht. Preisangeb.
 unt. B 143 Gef. d. S. 218

Bilder
 gerahmt und
 ungeahmt.
Werkstatt:
 Moderne
 Bilder-
 einrahmungen
 Photographie-Ständer
Gebr. Wenzel,
 Oderstr. 4. Tel. Ring 743.

Aus Erbschaft 3 schöne
Long-Shaws
 Nr. 20, 270, 240. Markt zu
 verkaufen. Gef. Anfr. unter
 L. L. 8375 an die Annoncen-
 Expedition Richard Lands-
 burger, Breslau V.

Bei hartnäckigem
Hautjucken
 (auch bei heilenden Wunden)
 verschafft Ihnen

Dr. Koch's Kühlprobe
 (Antiprur)
 sofort Erleichterung. - 1 Tube
 Mk. 6,-, 1/2 Tube Mk. 3,50,
 Reichmarktpostkarte, Ring 44.

Gummischuhe,
 Prima, in kurze Lieferbar.
 Vorausbestellungen nehmen er-
 gegen. Versand u. Einzelverkauf
Gummigeßstäb
Reeder,
 Gartenstraße 63, hohp.

Unterste
Wein- und
Ölöl-Flaschen
 zu höchsten Preisen
 bei lobenswerten Mengen
 frei Abholung
Victor Schmid
 Breslau 12
 Fischergroßhandlung
 Altesdammstraße 20/22.
 Fernruf 504.
 Geschäftszeit 8-6.

In unfer Genossenschafts-
 register Nr. 80 ist bei dem Bau-
 und Sparverein in Brodau
 eingetragene Genossenschaft mit
 beschränkter Haftung am
 20. Oktober 1919 eingetragen
 worden: Bauer, August,
 Geschäftsführer a. D. Paul Kühn,
 Brodau, gewähl. Vorstands-
 führer a. D. Richard Müller,
 Brodau.
 Amtsgericht Breslau.

In unfer Handelsregister
 Abteilung B Nr. 620 ist bei der
 Thomas & Co. Gesellschaft mit
 beschränkter Haftung hier am
 20. Oktober 1919 eingetragen
 worden: Die Gesamtschuldner
 Max Schramm, Fritz Oberst
 und Richard Reiter, sämtlich in
 Breslau, sind berechtigt, je zwei
 die Gesellschaft zu vertreten
 und die Firma zu schließen.
 Amtsgericht Breslau.

Rum Anrede der Gemein-
 schaftsausschüsse soll am 22.
 Dezember 1919, vormittags
 10 1/2 Uhr an der Gerichts-
 stube, Mülkengasse Nr. 9,
 2. Stock, Zimmer Nr. 104
 vertretend werden das im
 Grundbuche von Breslau,
 Grundbuch, Band XX Blatt
 Nr. 873 (eingetragener Gegen-
 stand am 11. April 1919, dem
 Tage der Eintragung des
 Verpfändungsvermerkes: der
 Rentier Oswald Hillmer in
 Breslau) eingetragene Grund-
 stück Kriegerstraße Nr. 8
 Gemarkung Breslau, Karten-
 Blatt 10, Parzelle Nr. 1660/114
 5 ar 17 qm groß, Grund-
 steuermerkmal Nr. 2509,
 Einkunftsmerkmal 5080 Mk., Ge-
 bäudesteuerklasse Nr. 6. Das
 Grundstück besteht aus Vor-
 derwohnhaus mit Hofraum
 und Gärthofen.
 Breslau, 23. Oktober 1919.
 Das Amtsgericht.

Gummischuhe
 in Friedenqualität
 treffen in einigen Tagen ein.
A. Kindler, Gummwarenhandl., Junferstr. 6.

Schutz aller Transporte!
 Gegen Heraubung geleiteter Güterwagen bietet
 der vom **Elbschiffahrts-Zentralamt** und vieler
 Behörden, Privatfirmen bestens empfohlenen
Patent - Waggonverschluss
D. R. G. M. und D. R. P. angem.
 sicherste Gewähr für einwandfreie Ankunft. (3)
Alleinhersteller und Vertrieb für alle Kulturstaaten
M. Silbergleit, Glewitz, Abt. II: Patent-Waggonverschluss

Smoschewer & Co.
Breslau XIII,
 Kaiser-Wilhelm-
 Straße 48/50
 Tel. 3864
 und 1508.
Feldbahnfabrik - Lokomotivfabrik
Kesselschmiede.
Reparaturanstalt für
Lokomotiven, Lokomobilen, Straßen-Lokomotiven
Dampfwalzen, Dampfplüge.

Jauchefässer,
 schmiedeeiserne, verzinkt, ab Lager
 oder kurzfristig lieferbar empfiehlt billigst
 Breslau 2
P. Arenstedt.
 Amt Oule 566
Saatkartoffeln
 kauft ab allen Stationen bei persönlicher Abnahme
Richard Hohelsel, Kallmann Gdt.
 Fernsprecher Nr. 8

Weißkohl, Zwiebeln,
Mohrrüben
 und sämtliches andere Gemüse
 kauft jeden Posten (3)
Gustav Wiesner,
 Gurken- und Sauerstoffabrik,
 Liegnitz, Fernruf 1141.

Mohrrüben (rot und gelb),
Hafer - Heu - Stroh
 kauft in großen und kleinen Posten und erbringt
 Preisangebote (3)
G. Rudolph & Co., Christhof-Überstr.
 Gröbitz.

Obstbäume
 Apfel, Birne, Kirsche,
 in Busch, Halb- u. Hochstamm,
Beerensträucher
 Johannisbeeren, Himbeeren,
Rosensträucher und Hochstämme
 empfiehlt in preiswerter Ware
Felix Lorenz, Gärtner, Reigersdorf, Bez. Breslau

Rapsstroh, Gerst- und Lupinenstroh
draht- und bindfadengepreßt
 jede Sorte Getreidestroh
 sowie Getreidepreu und Rapsstroh
 kauft ständig
Firma Herrmann Basch, Liegnitz.

la Kalkmergel
Friedrich Pohl, Breslau 2, Palmstraße 15, (x)
Spezialfirma für Kalkmergel seit 1908.
 Verireter gesucht.

Kalkmergel,
 allerbeste, hochprozentige, staubfein gemahlene Ware,
 prompt lieferbar durch (9)
C. Kulmiz, G. m. b. H.,
 Breslau 2, Fernspr. Nr. 5170-5174.

Wir sind Käufer v. Frühen
 und Späten
Saatkartoffeln
 sowie **Bunhelrüb.**
 u. **Mohrrüben**
 und bieten zum Angebots
 Katz & Nannmann,
 Soderswerda. (4)

Weißkohl
 kauft
J. C. Schwarz, Breslau 17
 Tel. 9594. (9)

Weißtraut
 kauft jeden Posten u. erbringt
 Angebote (18)
J. Grolsch,
 Liegnitz,
 Gemüß-Größhandlung
 und Sauerstoffabrik,
 Fernspr. 10/117, a. 1079.
 1901 bis 1909 Jenner
Rübenschnitte
 kauft zu lauen und erbringt
 Angebote mit Preisangebots
 Wirtschaftspr. Sellnersdorf,
 Kott 210000 G. (2)

Kohlrüben,
Spene-u. Kuter-möhren
Weißkohl.
 Offerten erbitte an
Anron Bonth,
 Einbeurg, Guldstraße 16.
 Verantwortlich für den politischen Teil: L. &
 Richard Köhler, für den wirtsch. und den
 weiteren Inhalt der Zeitung: Otto Herrmann, beide
 in Breslau. Druck von Wilh. Gottl. Korn in Breslau.